V10 Für echte Sicherheit in Sachsen: Verfassungsschutz abschaffen, Polizei entmachten

Gremium:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen
Beschlussdatum:	03.03.2023
Tagesordnungspunkt:	10. Weitere Anträge (V-Anträge)

Antragstext

Noch nie war leben in Deutschland so sicher, wie es heute ist; und dennoch werden unsere Polizeidienste mit immer weitgehenderen Befugnissen und finanziellen Mitteln ausgestattet. Der Trend der immer weiter steigenden Ausgaben für Polizei und Verfassungsschutz setzt sich auch im sächsischen Doppelhaushalt 23/24 fort. Ebenfalls steigt der Militarisierungsgrad der sächsischen Polizei. Seit der letzten Novellierung des Polizeirechts 2019 ist der Polizei unter anderem der Einsatz von Handgranaten und Maschinengewehren erlaubt. Wir stellen uns gegen eine fortschreitende Militarisierung der Polizei. Stattdessen muss in der polizeilichen Ausbildung deeskalativen Maßnahmen Vorrang eingeräumt werden. Wir wollen Polizeiarbeit, die Grundrechte achtet und schützt, statt diese auszuhöhlen.

Zudem ist die sächsische Polizei immer wieder wegen rechter und extrem rechter Umtriebe in den eigenen Reihen in den Schlagzeilen. Ob Hakenkreuz-Fotos in Chatgruppen, Teilnahme an unerlaubten verschwörungsideologischen Demonstrationen, rassistischen Beleidigungen durch Polizeischüler*innen oder Strafverfahren wegen Volksverhetzung – die Vorfälle sind mehr als ein Image-Problem und es sind auch nicht nur Einzelfälle. Bürger*innen fehlt das Vertrauen darin, zuverlässig von der Polizei geschützt zu werden. Regelmäßig schützt die Polizei mit ihrem Verhalten beispielsweise Demonstrationen aus dem rechten und verschwörungsideologischen Spektrum und macht antifaschistischen Gegenprotesten das Leben schwer, sei es durch Routenänderungen, strengere Versammlungsauflagen bis hin zur Kesselung. Die angekündigte Polizeikennzeichnung ist hier ein erster Schritt hin zu mehr Transparenz.

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat weitreichende Befugnisse zur Überwachung der Bürger*innen, die es überwiegend unkontrolliert ausübt und so massenweise Daten über Menschen zusammenträgt. Auch solcher, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Nicht mal ein Minister und stellvertretender Ministerpräsident ist davor gefeit. Immer wieder zeigt sich auch, dass die für den Rechtsextremismus zuständigen Abteilungen offensichtlich Arbeitsverweigerung betreiben. Im schlimmsten Fall finanziert das LfV sogar rechtsextreme Netzwerke durch den Einsatz von V-Männern, wobei der Informationsgewinn marginal erscheint. Oftmals sind antifaschistische Recherchenetzwerke bezüglich rechtsextremer Aktivitäten besser informiert als der Verfassungsschutz. Dank des fehlenden Reformwillens wurden viele strukturelle Probleme des LfV nicht angegangen oder verschleppt und konnten sich über Jahre verfestigen. Der Verfassungsschutz gehört in seiner jetzigen Form abgeschafft und durch eine dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtige Behörde ersetzt.

Neben den strukturellen Problemen in der Polizei und im Verfassungsschutz werden in Zeiten der Krisen die Löcher in sozialen Sicherheitsnetzen immer sichtbarer. Doch sie sind nicht neu: Ein jahrzehntelanges Schleifenlassen von sozialen Belangen hat dafür gesorgt, dass die Armen immer ärmer werden. Sachsen ist hier

als Niedriglohnsektor Deutschlands besonders betroffen. Es folgen Perspektivlosigkeit und Frust.

Beispielhaft hierfür stehen junge Menschen, die sich in Innenstädten aufhalten, da es für sie keine sonstigen Freiräume und Möglichkeiten gibt, weil das Jugendzentrum nicht weiter finanziert werden konnte. Hier kommt dann häufig die Polizei ins Spiel.Deren Aufgabe ist es jedoch nicht, eine verfehlte Sozialpolitik zu korrigieren, um die vermeintliche öffentliche Sicherheit und Ordnung vor den Jugendlichen zu bewahren – sie können nur Symptomen auf ihre Weise begegnen. Wir Bündnisgrüne Sachsen fordern daher eine Sozialpolitik, die für einen gesellschaftlichen Ausgleich sorgt und niemanden allein lässt.

Was wir brauchen, ist gute Präventionsarbeit und die sollte von Menschen getan werden, die sich tatsächlich auskennen und nicht von Sicherheitsbehörden. Sie muss insbesondere gefährdeten Jugendlichen mit geringen Bildungschancen sozialen Halt und eine Alternative zu Kriminalität und rechtsextremen Gruppierungen bieten. Den Jugendlichen müssen Perspektiven aufgezeigt werden und extremistische Bestrebungen bei Jugendlichen sollten erkannt und bekämpft werden, bevor sie sich entfalten können. Es ist viel schwieriger Leute aus Kriminalität und Extremismus wieder raus zu bekommen als sie dort gar nicht erst rein rutschen zu lassen.

Problemfälle müssen behoben werden, bevor ein polizeilicher Eingriff von Nöten ist, deswegen muss die Finanzierung von solchen Projekten langfristig gewährleistet sein.

Für uns als Bündnis 90/Die Grünen Sachsen ist klar, dass es für die Sicherheit in Sachsen endlich tiefgreifende Veränderungen braucht. Wir fordern daher:

- Das Landesamt für Verfassungsschutz in der jetzigen Form abzuschaffen. Stattdessen setzen wir uns für eine Behörde ein, die dem sächsischen Landtag umfassend rechenschaftspflichtig ist und durch diesen kontrolliert wird.
- Die Polizei des Freistaates Sachsen zu entmilitarisieren und verkleinern.
- Die freiwerdenden finanziellen Mittel für soziale Absicherung zu verwenden sowie die Umsetzung einer Sozialpolitik, die für eine echte Angleichung der Lebensverhältnisse sorgt.
- Früh ansetzende und umfassende politische Bildung, um Radikalisierung und antidemokratischen Strömungen entgegenzutretensowie eine verstärkte Förderung der Jugend- und Präventionsarbeit
- In der polizeilichen Ausbildung einen größeren Schwerpunkt auf Demokratiebildung sowie deeskalative polizeiliche Strategien zu legen. Bei Anzeichen von antidemokratischen und menschenfeindlichen Haltungen müssen Polizeianwärter*innen sowie Polizeibedienstete aus dem Polizeidienst entlassen werden.

Begründung

erfolgt mündlich